

Warnhinweise

Schutz vor belastenden Inhalten



Risiken und Nebenwirkungen

Darf man das?

Winnetou-Filme ansehen, beim *Risiko*-Spiel um die Weltherrschaft würfeln, eine „geile“ Bordellbesitzerin besingen? Das vergangene Jahr war wieder reich an solchen Aufregertemen, an denen sich immer wieder die Geister scheiden: Rassismus, Militarismus, Sexismus sagen die einen, Cancel Culture und Zensur die anderen. Oft folgen emotional geführte Scheindebatten über das vermeintliche Ende der Meinungs- oder Kunstfreiheit, ausgelöst durch den „Tugendfuror“ einiger weniger.

Jenseits plakativer Schlagworte und Boykottaufrufe stellt sich die Frage, wie heute mit problematischen Medieninhalten angemessen umgegangen werden kann. Im angloamerikanischen Sprachraum sind Vorabhinweise üblich, die ideologisch gefärbte Inhalte, auch sexistische oder rassistische Stereotype in einen zeitgemäßen Kontext einordnen sollen. Hinzu kommen Warnungen vor drastischen Bildern und solchen Inhalten, die retraumatisieren oder selbstschädigendes Verhalten auslösen können. Auch in Deutschland finden sich immer häufiger Warnungen und Hinweise auf vermeintlich problematische Inhalte, sowohl in den Medien als auch im Kunst- und Kulturbetrieb.

Nicht immer vermögen die Ergebnisse zu überzeugen. Man stößt auf Warnungen, wo keine Drastik vorhanden, oder auf Einordnungen, wo der Inhalt selbsterklärend ist. Manche Hinweise scheinen weniger der Aufklärung zu dienen, sondern eher aus Angst davor entstanden zu sein, etwas falsch zu machen und einen Shitstorm zu riskieren. Andere wirken selbst aus der Zeit gefallen. Schließlich stehen auch die Versuche, potenziell Desorientierendes einzuordnen, in einem zeitlichen Kontext. In den friedensbewegten 1980ern war es opportun, die Anleitungen eines Strategie-spiels zu redigieren, sodass Länder nicht mehr „erobert“, sondern „befreit“ wurden. Angesichts aktueller Kriegsrhetorik und Tatsachenverdrehung wirken solche Veränderungen der Sprechweise eher naiv oder zynisch. Auch das vermeintlich kinderfreundliche Umdichten eines „Saulfliedes“ dürfte ohne Wirkung bleiben, solange die Mehrheitsgesellschaft die Ausstrahlung der „unzensierten“ Version im öffentlich-rechtlichen *ZDF-Fernsehgarten* bejubelt.

Fest steht: Für eine Welt ohne Gewalt und Diskriminierung braucht es mehr als einen Zweizeiler oder ein neues „Wording“. Es ist auch nicht die eine Karl-May-Verfilmung, die das Bild einer Generation vom Wilden Westen geprägt hat, sondern ein ganzes Genre, das den Gründungsmythos der USA verklärte und mit dem Narrativ der „guten“ Siedler:innen und „wilden“ Indigenen Stereotype beförderte. Um Fakt und Fiktion zu unterscheiden, braucht es kritische Kompetenz, echte Debatten und Information.

Über den Bedarf an Warnung, Inhaltsinformation und Kontextualisierung ist wenig bekannt. Einer Umfrage des British Board of Film Classification (BBFC) zufolge finden von Diskriminierung betroffene Erziehungsberechtigte Hinweise zu rassistischen filmischen Inhalten sinnvoll - um sich auf diese vorzubereiten, sie für ihre Kinder einzuordnen oder sie zu meiden. Auch hierzulande sollte man darüber ins Gespräch kommen, bei welcher Art von Produkt welcher Hinweis angebracht ist - möglichst lösungsorientiert und ohne Schaum vor dem Mund.

Vieles spricht gegen einen inflationären Gebrauch von Warnungen und Hinweisen, vor allem die Vermutung, sie könnten dann weniger ernst genommen werden. Vielleicht verhält es sich aber auch wie mit den Packungsbeilagen von Medikamenten: Für Menschen ohne Vorerkrankungen und Unverträglichkeiten erscheinen sie verzichtbar, während andere, die sensibel auf bestimmte Inhaltsstoffe reagieren, auf die Information angewiesen sind.



Ihre
Claudia Mikat

Inhalt

Editorial Claudia Mikat	1	TITEL Warnhinweise Schutz vor belastenden Inhalten	13
INTERVIEW Wem gehört das Internet? Yves Bossart im Gespräch mit Evgeny Morozov	4	Medien und Tabus Melanie Hellwig	14
PRAXIS Das Fernseharchiv Der Fall: Die Ingo Appelt Show Christian Richter	10	Triggerwarnungen im Jugendschutz Bei welchen Inhalten sind sie hilfreich? Joachim von Gottberg	18
		Trigger! Anmerkungen zum Phänomen der Triggerwarnung Marcus Stiglegger	24
		Trauma und Trigger Ein filmisches Erzählprinzip wird besichtigt Werner C. Barg	28
		Diversität im internationalen Vergleich: von Ghana bis Tokio Im Gespräch bei der TV-Konferenz „INPUT 2022 Barcelona“ Adele Seelmann-Eggebert	34
		Zwischen Voyeurismus, Hass und Aufklärung Sexueller Kindesmissbrauch als Thema in den Medien Nicola Döring und Roberto Walter	38
		Rote Linien! Was Alterskennzeichen, Inhalte- Deskriptoren und Warnhinweise leisten Claudia Mikat	44
		Die Kunst, den Blick zu erneuern Die Fotografin Diane Arbus und der Filmemacher Werner Herzog Jürgen Dünnwald	50
		„Immer mehr Festivals sprechen Content Warnings aus!“ Eva Lütticke im Gespräch mit Elli Leeb und Luca Perschul	54
		Same Same Von Political Correctness zu Wokeness: über den Relaunch einer 30 Jahre alten Scheindebatte Kolumne von René Rusch	58

WISSENSCHAFT		MEDIENDISKURS.ONLINE	
Spielverderber und Moralapostel	62	Spielerisch Medienkompetenz erwerben	
Strategien der Affizierung in sozialen Medien		E-Sport- und Gaming-Projekte in der Jugendmedienbildung	
Claudia Töpfer-Ko		Achim Fehrenbach	
Operationaler Realismus	67	„E-Sport an Schulen kann das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken“	
Über die Tiefen der Täuschung in <i>der</i> Digitale		Achim Fehrenbach im Gespräch mit Chiara Haller	
Anne Dippel			
MEDIENLEXIKON		Vertrauenswürdige Vorbilder für Jugendliche?	
Der Krimi	74	Influencer*innen als Quelle für Fehlinformationen in sozialen Medien	
Gerd Hallenberger		Darian Haff und Desiree Schmuck	
DISKURS		Bis zum nächsten Rausch?	
Selfies den Rücken kehren	76	Influencer*innen und der Alkohol - eine Jugendschutzbetrachtung	
Umbrüche des subjektzentrierten Bildhandelns am Beispiel der Iranproteste 2022		Benedikt Hommann	
Ramón Reichert			
POLITIK+RECHT		Entdeckt bei DOXS RUHR im November	
Pornografie und sexuelle Selbstbestimmung	82	Jugendliche kuratieren Dokumentarfilmprogramme	
Christina Heinen im Gespräch mit Anja Schmidt		Barbara Felsmann	
Rezensionen	87	Demokratie oder Diktatur	
Stefanie Lefeldt, Arne Koltermann		Gesellschaftsentwürfe der Zukunft in Film und Serie	
		Werner C. Barg	
LITERATUR	90	Die Gewaltdebatte um Computerspiele	
Impressum	99	Ein Rückblick auf die Diskussion in 25 Jahren <i>tv diskurs</i> und aktuell diskutierte Problemfelder im Kontext digitaler Spiele	
Letzte Seite	100	Tanja Witting	
		Influencer sind keine Freunde	
		Warum Videoportale so eine enorme Faszination auf Teenager ausüben und worauf Eltern achten sollten	
		Tilmann P. Gangloff im Gespräch mit Alicia Joe	

Wem gehört das Internet?

Der Internetkritiker und Publizist Evgeny Morozov beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Frage, wie gesammelte digitale Daten einem Gemeinwohl und der Stützung demokratischer Systeme dienen können. Wie sollten Gesellschaften proaktiv eingreifen, um das Potenzial digitaler Daten für dringliche Aufgaben – wie die Lösung der Klimakrise – auszuschöpfen?

Verwenden Sie Google Maps?

Ja, eigentlich ständig. Gerade heute Morgen wieder.

Stecken Sie als Kritiker dieser Technologien nicht in einem Dilemma, wenn Sie diese verwenden?

Ich denke, wir sollten diesen Plattformen und ihren Dienstleistungen auf intelligente Art kritisch begegnen und mit den Fingern auf die Richtigen zeigen. Es ist nicht mir als Nutzer und Bürger anzulasten, dass es keine Alternativen zu den vom Silicon Valley angebotenen Onlinekarten gibt.

Man könnte auch sagen: Letztlich haben wir die Macht? Wir können entscheiden, dass wir beispielsweise von Twitter weggehen!

Diese Macht haben wir nicht. Denn wir reden hier von Infrastrukturen, die großer politischer Programme bedürfen. Wenn es in Ihrer Stadt keine Verkehrsinfrastruktur gibt, erwartet man ja auch nicht von Ihnen, dass Sie die Straße bauen. Fehlende Infrastruktur ist das Versagen kollektiven Handelns. Hier muss die Öffentlichkeit aktiv werden. Deshalb sollte nicht der Einzelne unter einem moralischen Dilemma leiden, das auf einem politischen Scheitern

beruht. Denselben Fehler machen wir auch in Bezug auf das Silicon Valley: Wir sehen das Versagen des kollektiven Handelns der Politik als unser eigenes moralisches Scheitern – was schlicht nicht stimmt.

Sie würden sagen, Facebook, Google... sind Teil einer öffentlichen Infrastruktur, weswegen die Politik sich ihrer annehmen sollte.

Das ist politisch, aber auch historisch so. Google Maps geht auf einen großen Auftragnehmer des Pentagons zurück, den Google mitsamt den Daten übernahm. Diese wurden mit öffentlichen Geldern gesammelt. Es sind – historisch gesehen – also öffentliche Daten. Wir müssen uns der politisch wichtigen Frage stellen, ob wir das derzeitige Arrangement überstürzt getroffen und den privaten Akteuren zu viel Macht überlassen haben – in der Annahme, es handle sich dabei um ein Marktphänomen und nicht um Fragen, die politisch erörtert werden sollten. Nun gilt es sicherzustellen, dass wir nicht noch mehr aufgeben im Kontext von Cloud-Computing und Quantencomputern. Wir müssen es langsamer angehen und etwas von dem, was wir in den letzten 20 bis 30 Jahren preisgegeben haben, zurückfordern.

Für Nutzerinnen und Nutzer ist es sehr bequem, all diese Dienstleistungen zu verwenden, weil sie gratis sind. Wir wissen, es ist nicht ganz gratis, sondern wir bezahlen mit unseren Daten. Dafür sehen wir dann personalisierte Werbung. Das ist das Geschäftsmodell. Was ist das Hauptproblem an diesem Geschäftsmodell?

Wir müssen zuallererst die extreme Komplexität ihres Geschäftsmodells verstehen. Die Nutzerdaten, die Google über die einfache Suche sammelt, fließen in die Ausgestaltung komplexerer Dienstleistungen im Bereich künstlicher Intelligenz ein, die dann an Regierungen und Unternehmen weiterverkauft werden – für Dinge, die nichts mit der Suche zu tun haben. Bei diesem Geschäftsmodell sind die Personen, die online nach Schuhen oder einem Restaurant suchen, nicht die eigentliche Zielgruppe. Diese Unternehmen erzielen ihren Umsatz vor allem mit Dienstleistungen für unsere Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssysteme. Die Daten, die für den Aufbau und das Funktionieren der dafür notwendigen künstlichen Intelligenz und das Cloud-Computing gebraucht werden, kamen von uns. Ist es

deshalb in Ordnung, dass unsere Regierungen für die Nutzung dieser Dienste bezahlen? Diese Unternehmen versuchen, solchen Fragen auszuweichen, weil ihre Geschäftsmodelle sonst hinterfragt werden. Plötzlich müssten sie Steuern zahlen und ihre Daten teilen. Möglicherweise müssten sie staatliche Interventionen akzeptieren, die sie bisher strikt abgelehnt haben.

Sie meinen, die Zeit, wo nur Daten gesammelt wurden, ist vorbei. Jetzt werden smarte Dinge verkauft, in denen künstliche Intelligenz steckt, die mit unseren Daten informativ angereichert wurde. Sie haben damit einen Wettbewerbsvorsprung. Und es ist unverständlich, warum Nutzer:innen für ihre eigenen Daten bezahlen sollen.

Hier besteht ein breites Unverständnis. Viele Menschen denken, dass künstliche Intelligenz entweder vom Himmel fällt oder von genialen Typen in Kapuzenpullis und Flip-Flops in einer Garage im Silicon Valley entwickelt wird. Tatsächlich sind es aber in erster Linie wir Nutzer:innen, welche die Daten liefern und die Instrumente schlauer machen. Google stellt Ihnen gelegentlich die Aufgabe, aus einer Reihe von Bildern diejenigen mit Ampeln oder Autos auszuwählen und anzuklicken, um auszuschließen, dass Sie ein Spammer sind oder Malware vertreiben. Beim Ausfüllen dieser Captchas, wie sie genannt werden, trainiert man aber die Bilderkennungssoftware von Google, die so befähigt wird, ein Auto von einem Tier und ein Tier von einer Ampel unterscheiden zu können. Wer aber war ausschlaggebend für diese Fähigkeit? Sind es wir mit unserer Vorleistung für das Unternehmen? Wenn ja, warum sollten wir dann als Bürger:innen für die Anwendung auch noch zahlen müssen?

Aufgewachsen sind Sie in Weißrussland. Studiert haben Sie in Bulgarien und eine Zeit lang waren Sie in Berlin für eine NGO... Mich interessiert biografisch: Wann hat das bei Ihnen angefangen, dass Sie gemerkt haben: „Das läuft in die falsche Richtung. Ich will kein Nerd sein, der da mitentwickelt, sondern die Dinge kritisieren.“

Nun, ich habe mich schon früh sehr für Computer interessiert. Meine Eltern haben mir einen Computer geschenkt, als ich 12 oder 13 Jahre alt war. So gesehen war ich ein ziemlicher Nerd, der ins Programmieren eintauchte. Über dieses Interesse an Computern stieß ich

auf die Welt der Neuen Medien. Bevor der Begriff „Social Media“ aufkam, sprach man in den frühen 2000ern über die Neuen Medien, über die politische Macht von Blogs, sozialen Netzwerken und Textnachrichten. Der US-Präsidentschaftskandidat Howard Dean beispielsweise nutzte Textnachrichten und Blogs für sein Fundraising. Vor Obama und vor Bernie Sanders gab es 2004 diese Hoffnung auf einen Parteirebellen, der über Geldspenden die Tradition der Demokratischen Partei aufbrechen könnte...

Ein Instrument der Freiheit, der Demokratie...

Und gleichzeitig auch eine sehr populistische Botschaft. Ganz normale Menschen würden dank dieser neuen Technologien in der Lage sein, den Status quo zu durchbrechen. Bei mir schlichen sich leise Zweifel an dieser Mythologie ein. Ich arbeitete für die NGO Transitions Online. Wir waren vor allem in Osteuropa aktiv, wo wir mit regierungskritischen Aktivist:innen, Oppositionellen und Journalisten im Gespräch waren, um sie - nach dem Vorbild von Howard Dean - mit diesen Neuen Medien vertraut und somit schlagkräftiger zu machen. Irgendwann wurde mir klar, wie naiv wir waren. Die Regierungen und die westlichen Unternehmen hatten ganz andere Pläne. Sie sahen diese Werkzeuge nicht als Instrumente der Befreiung, sondern als Instrumente der Kontrolle, als Maschinen zum Geldverdienen. Dann fanden diese beiden Logiken zusammen, die Logik der Regierungen, diese Werkzeuge für Zwecke der Überwachung, der Zensur, der Verbreitung der Propaganda und für Cyberangriffe zu nutzen. Und die Logik der Unternehmen, über den Verkauf der Werkzeuge und Dienstleistungen mit ihren Plattformen Geld zu verdienen. Wir setzten diese jungen Aktivist:innen einem großen Risiko aus, als wir ihnen rieten, Blogs und soziale Netzwerke für ihre regierungskritischen Proteste zu nutzen. Die Regierungen wussten um die Sicherheitslücken; und die jungen Leute organisierten im Wesentlichen ihre eigene Verhaftung oder sogar - noch schlimmer - ihre Misshandlung und Folter. Ich sah, dass wir einer Utopie nachhingen. In dieser demokratischen Utopie gäbe es keine Manipulation, keine staatliche Einmischung, keine Fake News, keine Zensur, keine Überwachung. Tatsächlich landeten wir genau am entgegengesetzten Ende des Spektrums. Mir war das schon 2010/11 klar.

Es gab eine Radikalisierung in Ihrem Denken, die mit Ihrer Frau zu tun hat, Francesca Bria. Sie ist in Italien eine der führenden Figuren im Bereich „Innovation der Digitalisierung“. Wie hat sie das geschafft?

Ich bin geprägt vom Erbe der Dissidenten und dem Kampf gegen die Regierungen in Osteuropa. Wir schätzten die amerikanische und die westliche Kultur - Jeans, Hollywood, Coca-Cola. Westeuropäischer Dissens war mir weitgehend unbekannt. Erst durch meine Frau begegnete ich einer anderen radikaleren, kritischeren Perspektive auf Politik, Geopolitik und Wirtschaft. Wir führen diesen Dialog nun schon seit zehn Jahren, lernen voneinander. Ihre Arbeit war immer viel näher an den sozialen Bewegungen und Aktivist:innen. Als Chief Technology Officer hatte sie eine prominente Rolle in Barcelona unter der Bürgermeisterin Ada Colau.

Bei dieser Position geht es darum, die Bürger:innen in die Entscheidungsprozesse über digitale Technologien einzubinden, sich also nicht vor der Technologie zu verstecken, sondern die Politik egalitärer und gerechter zu gestalten. Es stellen sich dabei ganz praktische Herausforderungen. Als intellektueller Theoretiker habe ich das bis zu diesem Zeitpunkt irgendwie vernachlässigt. Seitdem denke ich viel pragmatischer. Welche politischen Maßnahmen können wir ergreifen, was können Städte tun, was können Nationalstaaten tun? In welche Richtung sollten wir gehen - außer Start-ups zu fördern, Gründerzentren aufzubauen und riesige Kapitalgeber flüssig zu halten, wie das bisher von den Regierungen gehandhabt wurde?! Was wäre darüber hinaus machbar, wenn wir uns nicht nur um Verbraucher und Risikokapitalgeber kümmern, sondern um die Bürger:innen? Denn sie sind ja Eltern, Nachbarn, auch Aktivisten, denen die Umwelt am Herzen liegt. Sie müssen in dieser Debatte auch gehört werden. Es geht nicht nur darum, billiger einzukaufen oder billiger zu fliegen und sich unterhalten zu lassen.

Die US-Ökonomin Shoshana Zuboff hat den Begriff des Überwachungskapitalismus geprägt, den sie so beschreibt: „Er beruht auf der Entdeckung, dass die private menschliche Erfahrung der letzte unberührte Rohstoff sein sollte, der für die Gewinnung, die Produktion, die Vermarktung und den Verkauf zur Verfügung steht. Menschen, d.h. wir, wurden zu einer handelbaren Ware. Die Konsequenzen aus dieser Entwicklung erschüttern die Demokratie in ihren Grundfesten. Sie verändern unser tägliches

Leben. Sie stellen die Gesellschaftsverträge infrage, die wir von der Aufklärung geerbt haben, und bedrohen die Überlebensfähigkeit der menschlichen Freiheit, genau wie es vorhergesagt wurde. Auch wenn die Demokratie unter Beschuss steht, so ist sie doch der einzig mögliche Ausweg.“ Was denken Sie, wie groß ist die Gefahr für unsere Demokratien?

Sie ist groß. Zum einen auf individueller Ebene: Angst und Sorge haben zu einem Kontrollverlust geführt. Die Inhalte im Netz könnten manipuliert sein, was uns als politische Subjekte beeinträchtigt. Dann besteht auch eine institutionelle Gefahr. Wir sind Gefangene der Lösungen geworden, die diese Unternehmen anbieten, und bauen die Gesellschaft um sie herum anstatt umgekehrt. Nachdem die KI erfunden worden ist, sind wir nun angehalten, unser Gesundheitswesen um die Sensoren herum auszurichten, die wir tragen und mit denen wir uns selbst überwachen. Dies geschieht, weil das die einfachste Art für Google, Facebook, Amazon oder Microsoft ist, Geld zu verdienen. Dabei verpassen wir es aber, robuste Gesundheitsinstitutionen aufzubauen, die uns helfen würden, Ressourcen zu bündeln, Risiken zu kollektivieren und ein sinnvolles und möglichst angstfreies Leben zu führen. Ihre Geschäftsmodelle begünstigen ein Gesundheitssystem der ständigen Überwachung. So ist ihr Geschäftsmodell zur Normalität geworden. Man präsentiert es uns als Lösung für ein wichtiges Problem wie das Gesundheitswesen. Dem sollten wir mit Ablehnung begegnen. Anstatt auf ihre Lösungen zu setzen, sollten wir das Gesundheitswesen neu denken. Wir müssen Gesundheitsversorgung neu definieren, digital, aber auch gerecht, ohne die Verantwortung uns allen aufzubürden, denn es besteht die Gefahr, dass wir uns mit den tief hängenden Früchten zufriedengeben und auf ehrgeizigere strukturelle Maßnahmen verzichten. Ich meine nicht, wir sollten uns gegen technische Lösungen stellen, aber wir sollten uns nicht mit falschen Erklärungen für unsere Probleme abspeisen lassen, die real sind und nicht nur auf unserem individuellen Versagen beruhen.

Das ist das, was Sie Solutionismus nennen, dass man gesellschaftliche Probleme mithilfe von Technik (beispielsweise einer App) lösen kann. Auf dieses Denken, sagen Sie, sind wir reingefallen.

Wir müssen uns ehrlicherweise aber auch eingestehen, dass wir mit dieser Technik die Probleme nicht wirklich lösen, sondern ihre Auswirkungen auf ein akzeptables Maß reduzieren, ohne die zugrunde liegenden Ursachen anzugehen. Das zeigt sich auch beim Klimawandel. Wir begegnen der globalen Erwärmung mit abmildernden Maßnahmen, ohne irgendetwas an der Art und Weise zu ändern, wie wir wirtschaften. Man bietet uns alle möglichen Geräte und Lösungen an, dank denen die Welt leb- und überlebbarer wird. Damit bewegen wir uns immer mehr in Richtung einer schönen neuen Welt, wie Aldous Huxley sie beschrieben hat, in der unser Vergnügen nur das Ergebnis einer Halluzination ist, welche durch Pillen und medizinische Eingriffe ausgelöst wurde. Ich fürchte, dass die digitale Realität, in der wir leben, wenig bis nichts dazu beiträgt, den Hunger in Afrika zu überwinden, die Energiekrise zu lösen, unsere Lebenszeit zu verlängern. Sie sorgt einzig dafür, dass jemand seine Lösungen verkaufen und daran verdienen kann. Jeff Bezos fliegt ins All und Elon Musk kauft einen weiteren Dienstleistungsanbieter. Was an Aktivität geschieht, ist relativ trivial. Man versucht nicht einmal, ehrgeizig oder radikal zu sein.

Man könnte sagen, dass diese großen Konzerne zerschlagen werden müssen - wie damals die Öl- und Stahlkonzerne. Oder?

Es gibt mehrere Gründe, warum dies nicht geschieht. Auch geopolitische. Eine Aufspaltung der Unternehmen in den USA würde einzig China in die Hand spielen, dessen Internetkonzerne dadurch zu Weltmarktführern würden. Das weiß man natürlich im Silicon Valley. Bei seinen Anhörungen vor dem Kongress verpasst es Mark Zuckerberg nicht, darauf hinzuweisen, dass die Zerschlagung seines Konzerns unweigerlich zur Stärkung seiner Mitbewerber wie Alibaba oder Tencent führt. Ich denke, das wird aus geopolitischen Gründen nie geschehen. Aber auch ohne diese geopolitische Herausforderung würde eine Aufspaltung in 20, 30 kleine Facebooks letztlich auch nicht viel bringen. Im Hinblick auf ein ehrgeiziges, kühnes Programm zur sinnvollen Gestaltung der Kommunikation von Menschen, Bürgern und Institutionen hilft es nicht, mit 50 verschiedenen Gruppen sprechen zu müssen. Die Zerschlagung ist also nicht die Lösung.

Was heißt das? Wollen Sie all diese Firmen verstaatlichen?

Es braucht nicht unbedingt den Staat, schon gar nicht als Betreiber der einzelnen Dienste, die auf digitalen Infrastrukturen gründen. Aber es sollte einige grundlegende Voraussetzungen geben, nach denen neue Dienste aufgebaut werden können. Bestimmte Prozesse bei der Suche, der Erstellung und der Organisation von Information wird der Markt nie lösen, weil es einfach nicht profitabel ist. Es lohnt sich nicht, akademische Artikel und hochwertige Videos zu kuratieren, die nicht von Katzen handeln. Katzenvideos sind profitabel, weil jeder sie sehen will.

Gegenbeispiel: Nehmen wir Wikipedia. Da ist etwas entstanden, das ziemlich gut ist...

Niemand sagt, dass das schlecht ist, aber Wikipedia ist als privat finanzierte Einrichtung auf unsere Spenden und die Zuweisungen von großen Technologieunternehmen angewiesen. Würden Sie ein durch Wohltätigkeit finanziertes Modell auch bei Ihrer Gesundheitsversorgung akzeptieren? Wollen wir es einfach der Gnade wohlthätiger Leute überlassen? Dann floriert Wikipedia so lange, wie Elon Musk und Jeff Bezos es unterstützen. Was bedeutet das aber langfristig? Will man bei den fortschrittlichen Technologien in 20 Jahren konkurrenzfähig sein, reicht das Crowdfunding nicht. China investiert 300 Mrd. Dollar in Mikrochips. Diese geopolitischen Gegebenheiten hat man in Europa weitgehend ignoriert. Aus Bequemlichkeit. Und in der Annahme, sich bei den Amerikanern oder in China eindecken zu können. Dies führt unweigerlich in eine Abhängigkeit.

Sie schlagen vor, unsere Daten kollektiv zu nutzen. Was meinen Sie damit?

Nun, wir sind soziale Wesen. Wir interagieren miteinander. Dadurch hinterlassen wir normalerweise eine Datenspur. Diese Spuren sind in derzeitigen Systemen sehr chaotisch verteilt. Wenn ich einen Verkaufsautomaten nutze, hinterlasse ich dort eine Datenspur. Verwende ich mein Smartphone, weiß die 5-G-Antenne, wo ich bin. Der Bus, den ich benutze, weiß, dass ich in ihm sitze. All diese Dienste, die von unterschiedlichen Privatunternehmen betrieben

werden, sind eigentlich Datensilos. Die dort gespeicherten Daten können nicht untereinander kommunizieren, was es unmöglich macht, sie sinnvoll für Planungszwecke zu nutzen.

Angesichts unserer großen Probleme wie dem Klimawandel sollten wir die Ressourcen aber effizienter nutzen können. Unsere Busse sollten nur dorthin fahren, wo tatsächlich Menschen auf sie warten, damit wir kein Benzin verschwenden. Private Akteure führen solche Maßnahmen nicht ein, sie denken nicht ganzheitlich, sondern interessieren sich nur für ihren kleinen Bereich.

Das heißt, wir brauchen viele Daten, aber wir müssen sie zusammenbringen und vernetzen, damit wir zu neuen Lösungen kommen.

Genau. Ich bin ja nicht technikfeindlich. Daten machen bestimmte Dinge besser. Eine gute Datenlage erlaubt es den Bürger:innen, Alternativen aufzuzeigen, über die sie dann im Planungsprozess für eine Brücke oder Straße diskutieren können. Wenn genügend Daten vorhanden sind, können wir die Zukunft modellieren und Bürger:innen in die Entscheidungsprozesse einbeziehen. Das wirkt der Entfremdung entgegen. Das Angebot, auf digitalen Plattformen, nicht Facebook, mitzudiskutieren, führt zu einer stärkeren Einbindung. Damit erhält der politische Prozess etwas vom Glanz zurück, den er verloren hat. Dies alles ist aber nur möglich, wenn das Konzept einer intelligenten Stadt nicht privaten Firmen überlassen wird. Man muss es mit einer ganzheitlichen Strategie angehen. Privatunternehmen sollten innerhalb dieser Strategie durchaus mitwirken können. Aber eine solche ganzheitliche Strategie betrachtet die Datenebene als eine Ressource zur Belebung unseres demokratischen Systems und nicht als Mittel zum Zweck, Waren zu verkaufen oder Daten zu sammeln, die diese Unternehmen dann an Werbetreibende weiterverkaufen.

Das klingt aus meiner Sicht ziemlich radikal. Alles, was die EU gerade macht, mit der Datenschutz-Grundverordnung, dem Digital Services Act... Das ist alles für Sie nur Symbolpolitik?

Nun, es besteht eine kognitive Dissonanz zwischen dem Wunsch, die Demokratie zu schützen, und der Unfähigkeit, demokratische Institutionen im modernen digitalen Zeitalter tatsächlich bereitzustellen. Dieses Problem